

17.01.02

Stoiber bei Zuwanderung kompromissbereit

Glos bekräftigt dagegen striktes Nein zu rot-grünem Gesetzentwurf.

Erste Anhörung im Innenausschuss *Von Arne Delfs*

CSU-Chef Edmund Stoiber schließt in der Zuwanderungsdebatte einen Kompromiss mit der Bundesregierung nicht mehr grundsätzlich aus. "Das muss man sehen", sagte der Kanzlerkandidat der Union am Mittwoch bei einer Klausurtagung der bayerischen CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth. Zunächst müsse aber Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) bei den Beratungen im Bundestag erklären, wie die Integration von Ausländern finanziert werden solle. Der vorliegende Gesetzentwurf der Regierung sei "keine Grundlage". Die Regierung müsse der Union entgegenkommen.

CSU-Landesgruppenchef Michael Glos gab sich im Gegensatz zu Stoiber kompromisslos. "Wir haben keinen weiteren Spielraum", sagte er. Eine Einigung sei nur möglich, "wenn die Regierung den Entwurf von CDU und CSU auf Punkt und Komma übernimmt".

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) setzt dennoch weiter auf einen Konsens mit der Union. "Auf Basis der Bundestagsdebatte ist ein Kompromiss erreichbar", sagte Schily am Mittwoch. Für kommende Woche hat er Vertreter aller Fraktionen zu Gesprächen eingeladen. Dort will die Union einen Katalog mit 15 Änderungsanträgen vorlegen. Für Ende Januar ist die Abstimmung im Bundestag geplant, Anfang März könnte der Bundesrat entscheiden.

Bei der ersten öffentlichen Anhörung vor dem Bundestagsinnenausschuss stieß der Gesetzentwurf bei der Mehrheit der geladenen Sachverständigen auf Zustimmung. Bei einzelnen Punkten wurden aber Nachbesserungen angemahnt. Der Osnabrücker Zuwanderungsexperte Klaus Bade begrüßte den Entwurf als "bahnbrechende Politikwende". Trotz hoher Arbeitslosigkeit bestehe schon heute ein Bedarf an permanenter Zuwanderung. Allerdings könne der Mangel an Fachkräften nicht allein durch Zuwanderung ausgeglichen werden.

Neben Wissenschaftlern waren Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, humanitärer Organisationen und der Kirchen zu der ganztägigen Anhörung geladen. Vor allem die Wirtschaft drängt auf eine schnelle Einigung. Robert Henkel vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sprach sich dafür aus, bei Engpässen die Zuwanderung von geeigneten Arbeitskräften zu erleichtern. Der Mangel an Fachkräften wirke sich in Deutschland zunehmend als "Wachstumsbremse" aus. Auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, begrüßte den Gesetzentwurf und prophezeite einen "wachsenden Fachkräftemangel" in Deutschland. Allerdings warnte Jagoda davor, die Steuerungsmöglichkeiten des Gesetzes zu überschätzen. Volker Roßocha vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) wies darauf hin, dass die Zuwanderung von Arbeitskräften "kein Ersatz für aktive Arbeitsmarktpolitik und Ausbildung" sein könne. Einig waren sich die meisten Experten darüber, dass der Bevölkerungsrückgang in Deutschland nicht allein über Zuwanderung auszugleichen ist.

Vertreter der Kirchen begrüßten das rot-grüne Gesetzesvorhaben, da es das Problem der Zuwanderung nicht allein unter dem Aspekt der "Gefahrenabwehr" betrachte. Zugleich

kritisierte aber Katrin Gerdsmeyer vom Kommissariat der deutschen Bischöfe, dass die Integrationskurse nur einem Teil der Zuwanderer offen stünden. Jörg Alt vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst bemängelte, dass das Problem der illegalen Beschäftigung in dem Gesetzentwurf kaum angesprochen werde. Auch sprach er sich für die rechtliche Besserstellung illegaler Billigarbeiter aus.

Scharfe Kritik an dem rot-grünen Gesetzesvorhaben äußerte dagegen der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg, der vor einer verstärkten Zuwanderung in die Sozialsysteme warnte. "Dieses Gesetz wird die Probleme, die es vorgibt zu lösen, noch verschärfen", sagte er. Stattdessen empfahl er der deutschen Gesellschaft eine "geordnete Schrumpfung bei optimaler Integration".